Ressort: Gesundheit

Schwesig pocht auf Abschaffung des Werbeverbots für Abtreibungen

Berlin, 10.11.2018, 05:04 Uhr

GDN - Die stellvertretende SPD-Chefin Manuela Schwesig fordert im Streit um die Abschaffung des Paragraphen 219a ein Nachgeben der Union. "Klar ist, dass der Paragraph 219a gestrichen werden muss. Es ist nicht akzeptabel, dass Ärztinnen und Ärzte kriminalisiert werden, nur weil auf ihrer Webseite die bloße Information steht, dass sie über Schwangerschaftsabbrüche aufklären und sie vornehmen", sagte Schwesig den Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" (Samstagausgaben).

Schwesig sagte, sie hoffe sehr, mit der Union zu einer konstruktiven Lösung zu kommen. "Gerade Gynäkologen genießen viel Vertrauen und tun in der Regel alles dafür, dass ungeborenes Leben gesund zur Welt kommt - und sie sind die richtigen Ansprechpartner im Falle eines möglichen Schwangerschaftsabbruches", so die Regierungschefin von Mecklenburg-Vorpommern. Ihnen deshalb Werbung für Abbrüche zu unterstellen, sei absurd.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-115060/schwesig-pocht-auf-abschaffung-des-werbeverbots-fuer-abtreibungen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com